

Liebe Schutzsuchende aus Afghanistan, Wir stehen an Ihrer Seite!

Wir wissen aus zahlreichen persönlichen Begegnungen und Gesprächen, dass viele von Ihnen in großer Sorge sind, seit kürzlich die EU und die korrupte afghanische Regierung ein Rücknahmeabkommen geschlossen haben. Afghanistan erhält über vier Jahre verteilt 13 Milliarden Euro - die in den Taschen der Eliten verschwinden werden - und nimmt im Gegenzug 80.000 afghanische Flüchtlinge zurück, ein großer Teil davon aus Deutschland. Ein unmenschlicher Deal, staatlich abgesegnetes Unrecht, Menschenhandel in großem Maßstab.

In Afghanistan herrscht seit fast vierzig Jahren Krieg. Die militärische Intervention nach dem 11. September 2001, an der auch die Bundeswehr bis heute beteiligt ist, hat Afghanistan nicht sicherer gemacht - im Gegenteil: Das Land ist unsicherer denn je. Innenminister de Maizière behauptet aber gegen besseres Wissen, Afghanistan sei - mindestens teilweise - ein „sicheres Herkunftsland“.

Und nun hat tatsächlich die erste Massendeportation begonnen.

Wer vor Krieg, Elend und Tod Schutz suchende Menschen dorthin zurück zwingt, verstößt bewusst gegen die viel beschworenen Grundwerte der EU und gegen unser Grundgesetz. In Afghanistan, nach wie vor einem der ärmsten Länder der Welt, gibt es jetzt schon über 1,2 Millionen „Binnenflüchtlinge“, die unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und sterben. Es gibt für dorthin abgeschobene Menschen keine Lebens-, für viele keine Überlebenschancen.

Leider können wir Ihnen Ihre Sorgen nicht nehmen. Aber wir erklären hiermit öffentlich:

Für den Fall, dass die Bundesregierung tatsächlich Sie und andere afghanische Flüchtlinge in Ihr von Krieg zerfressenes Herkunftsland abschieben will, werden wir uns solchen Unrechts-Maßnahmen widersetzen. Wir stehen an Ihrer Seite und werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Sie zu schützen.

Wir werden Ihnen helfen, die Umstände Ihrer Verfolgung und Flucht und Ihre persönliche Situation öffentlich zu machen, ebenso die aktuelle Situation in Afghanistan. Damit machen Sie für alle verständlich, dass Ihre Abschiebung gegen die Menschenrechte verstößt. Wir werden Behörden, Presse, Kirchen, Vereine, Prominente und Politiker vor Ort, in den Landtagen und im Bundestag bitten, für Ihren Schutz einzutreten.

Wenn der Staat seinen internationalen Schutzverpflichtungen gegenüber Ihnen und anderen afghanischen Flüchtlingen nicht mehr nachkommt, werden wir, Mitglieder der Zivilgesellschaft, uns für Sie einsetzen - notfalls gegen staatliche Maßnahmen.

Erstunterzeichner/-innen (Stand 22.12.2016):

Jawid Ahmad, Riedering
Dr. Emma Auch-Dorsch, Ärztin, München
Senta Berger, Schauspielerin, München
Dr. Andreas Böhm, Arzt, Rosenheim
Eva Clemenz, Ärztin, Berlin
Dr. Winfrid Eisenberg, Arzt, Herford
Abuzar Erdogan, SPD-Stadtrat, Rosenheim
Diana Frankenberg, Intensiv-Gesundheits- und Krankenpflegerin, Rosenheim
Angelika Graf, MdB a.D., SPD, Rosenheim
Prof. Dr. Hans Beat Hadorn, Arzt, München
Hubert Heinhold, Rechtsanwalt, München
Dr. Elisabeth Heyn, Ärztin, Fürth
Dr. Ernst Ludwig Iskenius, Arzt, Rostock
Ulla Jelpke, MdB, Linke, Dortmund
Christine Kamm, Landtagsabgeordnete, Grüne, Augsburg
Dr. Jürgen Micksch, Theologe und Soziologe, Darmstadt
Daniel Müller, Student, Osnabrück
Dipl.Psych. Michaela Müller, Psychotherapeutin, München
Dr. Michaela Müller, Ärztin, Stephanskirchen
Dr. Thomas Nowotny, Arzt, Stephanskirchen
Dr. Ingeborg Oster, Ärztin, München
Dr. Gisela Penteker, Ärztin, Otterndorf
Dr. Günter Rexilius, Psychotherapeut, Mönchengladbach
Barbara Riedel, Psychotherapeutin, Rosenheim
Dr. Christian Schönhals, Arzt, München
Michael Spreng, Rosenheim
Claudia Stamm, Landtagsabgeordnete, Grüne, Ottobrunn
Terry Swartzberg, Autor und Journalist, München
Hamon Tanin, Politikwissenschaftler, Stephanskirchen
Luca Verhoeven, Schauspieler, München
Prof. Dr. Michael Verhoeven, Arzt, Regisseur, München
Marianne Weiss, Sprecherin der Grünen, Augsburg
Dr. Waltraud Wirtgen, Ärztin, München